

Immanuel Wallerstein

Auftakt zur globalen Anarchie*

Mit der Eroberung des Irak hat die Bush-Regierung eine Menge Rückenwind bekommen. Sie meint nun, tun und lassen zu können, was sie will, und wird in absehbarer Zukunft wahrscheinlich auch entsprechend handeln. Schon seit langem haben die Falken im Pentagon gepredigt, dass sich Militarismus auszahlen würde und jetzt fühlen sie sich bestätigt. Die Gegner des amerikanischen Imperialismus sind angesichts des scheinbaren US-Erfolgs demoralisiert. Ich werde allerdings zu zeigen versuchen, dass beide Einschätzungen am Kern der Sache vorbeigehen, und nicht erfassen, was in der geopolitischen Arena derzeit tatsächlich vorgeht. Dabei werde ich meine Analyse anhand von drei Perioden gliedern: dem Höhepunkt der US-Hegemonie zwischen 1945 und 1967-73; dem „letzten Sommerglimmen“ dieser Hegemonie, das sich von 1967-73 bis 2001 erstreckte; und der Phase, die vor uns liegt, von 2001 bis 2025/2050: eine Phase der Anarchie, welche die USA nicht kontrollieren kann. Innerhalb jeder dieser drei Perioden lassen sich drei Konfliktachsen unterscheiden: den internen Konkurrenzkampf zwischen den Zentren der Akkumulation des kapitalistischen Weltsystems; den Kampf zwischen dem „Norden“ und dem „Süden“ und den Kampf um die Zukunft des Weltsystems, der zwischen zwei Gruppen ausgetragen wird, welche ich metaphorisch das Lager von Davos und das Lager von Porto Alegre¹ nenne.

Während der Periode von 1945 bis 1967-1973 waren die Vereinigten Staaten ohne Frage die Hegemonialmacht des Weltsystems. Die USA besaßen in dieser Zeit gegenüber allen anderen Staaten eine einzigartige Kombination aus ökonomischen, militärischen, politischen und kulturellen Vorteilen. Am Ende des Zweiten Weltkrieges waren die USA die einzige Industrienation, die der Zerstörung durch den Krieg entgangen war, und die ihre produktiven Kapazitäten gegenüber dem bereits beträchtlichen Vorkriegsniveau sogar noch deutlich hatte erhöhen können. Amerikanische Unternehmen produzierten ihre Güter so effizient, dass sie auch nicht-heimische Märkte problemlos erobern

* Dieser Text erschien zuerst in *New Left Review* 22, Juli/August 2003.

1 In Davos in der Schweiz treffen sich beim World Economic Forum jedes Jahr führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik. Im brasilianischen Porto Alegre fand 2001 das erste von globalisierungskritischen Bewegungen organisierte Weltsozialforum statt (Anm. d. Red.).

konnten. Tatsächlich herrschte eine derartige Ungleichheit in der ökonomischen Entwicklung, dass die USA sich am wirtschaftlichen Aufbau Westeuropas und Japans beteiligen musste, um auf dem Weltmarkt überhaupt ausreichend Abnehmer für ihre Güter zu finden.

Diese überwältigende wirtschaftliche Dominanz ging Hand in Hand mit einer militärischen Überlegenheit. Zwar insistierte die amerikanische Öffentlichkeit nach 1945 auf einer sofortigen Verkleinerung der Streitkräfte, um „die Jungs nach Hause zu holen“. Doch waren die USA im Besitz der Atombombe. Und sie hatten eine Luftwaffe, die in der Lage war, diese an jedem beliebigem Ort der Welt abzuwerfen. Die einzige Militärmacht, die damit ernsthaft konkurrieren konnte, war die Sowjetunion, die seit 1949 ebenfalls Nuklearwaffen besaß. Die USA hatten keine andere Wahl, als einen Kompromiss einzugehen. Obwohl die Abkommen von Jalta nur ein kleiner Teil einer Reihe viel umfangreicherer Übereinkünfte waren, ist dieser Kompromiss zwischen den Supermächten seitdem unter diesem Namen bekannt. Er beinhaltete drei zentrale Punkte: die Beibehaltung des status quo in Europa entlang den Linien, an denen russische und amerikanische Truppen im Jahr 1945 standen, die Aufteilung der Welt in zwei wirtschaftliche Zonen und die Freiheit der Supermächte, sich gegenseitig zu beschimpfen.

Diese drei Punkte wurden bis 1980, und in einem großem Maße sogar noch bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion mehr oder weniger respektiert. 1949 wurde der status quo durch die Berlin Blockade in Frage gestellt, mit dem Ende der Krise aber wieder bestätigt. Danach enthielt sich die USA, abgesehen von rhetorischem Beistand, rigoros der Unterstützung jedweder Aufstände in der sowjetischen Einflussphäre. Die UdSSR hatte weder in Jugoslawien noch in Albanien, den zwei „Ausbrechern“ aus ihrem Block, Truppen stationiert. Doch anstatt sich der US-Sphäre anzuschließen, war es diesen Staaten während des Kalten Krieges von beiden Seiten erlaubt, Neutralität zu wahren. Ob die Abkommen von Jalta ebenfalls Anwendung auf Korea finden sollten, war ursprünglich unklar. Mit dem Resultat des Koreakrieges – einer Waffenstillstandszone entlang des 38. Breitengrads – fügte sich die Halbinsel jedoch unmittelbar in die politische Architektur der Konferenz von Jalta. Auch die Aufteilung der Welt in zwei wirtschaftliche Zonen hatte während der ersten Jahrzehnte der Nachkriegsperiode Bestand, obwohl sie sich dann ab 1973 aufzulösen begann. Es war nur die scharfe Rhetorik des Kalten Krieges, die den Eindruck erweckte, dass ein ernsthafter Kampf im Gange war. Natürlich glauben auch heute noch viele, dass dies der Fall war. Aber aus der Distanz betrachtet, lässt sich genauso gut von einem choreographierten Konflikt ohne wirklich schwerwiegende Zwischenfälle sprechen.

Politisch erlaubten die Übereinkommen von Jalta beiden Seiten, eine Reihe von ergebenen Verbündeten aufzubauen. Es ist üblich geworden, von den Verbündeten der Sowjetunion als Satellitenstaaten zu sprechen. Aber die US-

Verbündeten – in Europa die NATO-Länder, in Ostasien Japan, Südkorea und Taiwan – verhielten sich kaum weniger unterwürfig. New York entwickelte sich zum Zentrum von Kultur und Kunst und auch die Massenkultur wurde zunehmend „amerikanisiert“. Was die ideologische Dominanz angeht, war das Konzept der „freien Welt“ mindestens ebenso erfolgreich wie der Topos des „Sozialistischen Lagers“.

Innerhalb des Nordens waren die USA in der Lage, ihre Wünsche sowohl gegen die kapitalistischen Konkurrenten als auch gegen die rivalisierende Supermacht fast immer und fast vollständig durchzusetzen. Unzweifelhaft lässt sich von einer Hegemonie der USA sprechen. Der einzige Sand im Getriebe der durch Amerika definierten Weltordnung war ein gewisser Widerstand im Süden. In der Theorie predigte die USA „Entwicklung“ und die Befreiung des Südens von kolonialer Herrschaft. Die Sowjetunion sang die gleiche Melodie in noch schrilleren Tönen. In der Praxis jedoch hatte keine der beiden Supermächte besondere Eile diese Ziele zu verwirklichen. Es blieb den Menschen im Süden selbst überlassen, ihre Sache mit unterschiedlichem Maß an politischer Energie und Militanz voranzutreiben. Eine ganze Reihe von wichtigen politischen Kämpfen und gewaltsamen Revolutionen – vor allem in China, Vietnam, Kuba und Algerien – spielten sich daher außerhalb des in Jalta beschlossenen Rahmens ab. Die USA tat was sie konnte, um solche Bewegungen zu unterdrücken und erzielte dabei auch eine Vielzahl von Erfolgen. Unter anderem organisierte sie den Sturz von Mossadegh im Iran und 1954 die Absetzung von Arbenz in Guatemala. Doch der Norden musste auch einige herbe Niederlagen einstecken – die Sowjetunion in China, Frankreich in Algerien, die USA in Kuba und erst Frankreich und dann die USA in Vietnam. Sowohl der Westen als auch die UdSSR waren gezwungen, sich diesen „Realitäten“ anzupassen. D.h. sie versuchten die politischen Geschehnisse in ihre Rhetorik zu integrieren und die neuen Regime zu kooptieren, um damit deren Einfluss auf die geopolitische Arena und auf das Weltsystem zu begrenzen. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzungen, die man als Welt-Klassenkampf bezeichnen könnte, scheint während dieser Periode auf ein Unentschieden hinausgelaufen zu sein. Einerseits gab es auf der ganzen Welt, insbesondere im Süden, eine antisystemische Welle, die einen selbstverstärkenden Effekt zeigte: Triumphalismus stand auf der Tagesordnung. Doch in dem Maße, wie der Norden ausreichend Konzessionen an den Süden machte, begann dessen Widerständigkeit zu erlahmen.

Das letzte Sommerglimmen US-amerikanischer Hegemonie

Die Periode von 1967-73 steht für denjenigen Moment, in dem die glorreichen Zeiten an ein Ende kamen und in der Weltökonomie der Abschwung

einer Kondratieff-Welle² einsetzte. Der wahrscheinlich wichtigste unmittelbare Grund für diesen Niedergang war der wirtschaftliche Aufstieg Westeuropas und Japans, der in den ehemals weltweit führenden Industrien unvermeidlich zu einer Überproduktion führte. Politisch und kulturell stellte der revolutionäre Aufschwung von 1968 - genauer der Jahre 1966-70 - eine neue und schwere Herausforderung gegenüber der vorangegangenen Periode dar. Ausgelöst wurde er vor allem durch eine Kombination aus zwei Elementen: dem Widerstand gegen die amerikanische Hegemonie und der Enttäuschung über die traditionellen antisystemischen Bewegungen. In der militärischen Arena läutete die von den Vietcong und nordvietnamesischen Truppen geführte Tet-Offensive im Februar 1968 das Ende der US-Intervention in Vietnam ein. Bis zum endgültigen Rückzug 1973 sollten zwar noch fünf schwere Kriegsjahre vergehen, doch war nicht daran zu rütteln, dass die USA einen Krieg gegen eine kleine Nation der Dritten Welt verloren hatten. Das Zusammenspiel dieser drei Ereignisse - dem Niedergang der Weltökonomie, dem Aufkommen der 1968er Bewegung und der US-Niederlage in Vietnam - transformierte das geopolitische Szenario und markierte den Beginn des langsamen Zerfalls der US-amerikanischen Hegemonie. Die USA waren nicht länger in der Lage, wie oben erwähnt, ihre Ziele fast vollständig und fast immer zu verwirklichen - nicht einmal im Norden. Jedoch verliert man die hegemoniale Kontrolle nicht über Nacht. So kam es zu einem letzten Sommerglimmen US-amerikanischer Hegemonie.

Die Ökonomie dieser Periode ist nicht so schwer zu verstehen. Die Abschwungphase einer Kondratieff-Welle hat bestimmte typische Charakteristika:

- die Profitabilität der produktiven Unternehmen - insbesondere derjenigen, die vorher am gewinnbringendsten waren - geht zurück und es kommt zu einer Umorientierung der Kapitalisten aus der Arena der Produktion in die der finanziellen Spekulation;
- Industriezweige, deren Profite aufgrund des Verlustes ihrer monopolistischen Vorteile zurückgehen, fliehen aus dem Zentrum in die semiperipheren „Entwicklungsländer“, in denen zwar die Transaktionskosten höher, die Löhne aber erheblich niedriger sind;
- das weltweite Niveau der Arbeitslosigkeit steigt signifikant an, was zu dem Versuch der Akkumulationszentren führt, die Arbeitslosigkeit zu exportieren, um so deren politische Kosten zu minimieren.

Alle diese Charakteristika lassen sich für die Periode zwischen 1967-73 bis 2001 sehr deutlich aufzeigen. Die spektakulären Meilensteine des Niedergangs - nicht zu verwechseln mit seinen Ursachen - waren die Ölpreisanstiege von

2 Der russische Ökonom Kondratieff (1892-1938) hatte gezeigt, dass es außer den 8-10-jährigen Konjunkturzyklen auch noch wesentlich längerfristige wirtschaftliche Schwankungen von 50-60 Jahren gibt und damit die „Theorie der langen Wellen“ begründet (Anm. d. Red.).

1973 und 1979 und eine Reihe verheerender Finanzkrisen: die der Dritten Welt und des sozialistischen Blocks in den 1980ern, die der US-Regierung und der transnationalen Unternehmen in den frühen 1990ern, die US-Konsumkrise der späten 1990er zusammen mit den Effekten der Währungsabwertungen in Ostasien und in anderen Regionen, und eine weitere Runde exzessiver Verschuldung der US-Regierung unter George W. Bush. Was den Vergleich der Zentren der Akkumulation untereinander angeht: Europa stand in den 1970ern am besten dar, Japan in den 1980ern und die USA in den späten 1990ern. Allen jedoch geht es seit 2000 vergleichsweise schlecht. Für den Rest der Welt hat sich das Versprechen von „Entwicklung“, das in der früheren Periode so optimistisch gegeben wurde, als derjenige Schein erwiesen, der er, zumindest für die überwiegende Mehrheit der Staaten, immer gewesen ist.

Politisch begann die US-zentrierte Ordnung zu zerfallen. Westeuropa und Japan waren nicht länger bereit als Satelliten zu fungieren, sondern forderten einen Status als gleichberechtigte Partner. Die USA versuchten sie mit neuen Strukturen zu besänftigen – mit der trilateralen Kommission und den G7-Treffen. Vor allem mit zwei Argumenten sollten die Verbündeten auf Linie gehalten werden: erstens bliebe die Sowjetunion eine Bedrohung ihrer Interessen, und zweitens sei eine gemeinsame Position gegenüber dem sich auflehenden Süden notwendig, um die gemeinsamen Vorteile zu bewahren. Diese Argumente überzeugten aber nur zum Teil. Auch im Ostblock begann nach dem spektakulären Aufstieg von Solidarnosc in Polen und den Reformen Gorbatschows ein Fragmentierungsprozess. Die Auflösung der sowjetischen Einflussphäre wurde durch den Kollaps des Entwicklungsparadigmas, der parallel zu seinem Scheitern in der Dritten Welt erfolgte, noch beschleunigt. Zunehmend wurde deutlich, dass die Staaten des Ostblocks stets periphere oder semiperiphere Teile des kapitalistischen Weltsystems geblieben waren. Im Süden schien die geschwächte Position sowohl der USA als auch der UdSSR Raum zu geben für die wenigstens teilweise Lösung verschiedener langjähriger Konflikte in Mittelamerika, im südlichen Afrika und in Südostasien. Doch letztendlich erwiesen sich die hier erzielten Ergebnisse als politische Kompromisse.

Der revolutionäre Aufschwung von 1968 und der Kollaps des Entwicklungsparadigmas in der Kondratieffschen Abschwungphase schwächte die moralische Legitimität der „Alten Linken“ deutlich. Die klassischen antisystemischen Bewegungen schienen den meisten ihrer ehemaligen Unterstützer wenig mehr bieten zu können, als eine defensive parlamentarische Strategie. Ihre Nachfolger – speziell die verschiedenen maoistischen Gruppen und die sogenannte Neue Linke, die Grünen, feministische und viele identitätsorientierte Bewegungen – hatten in unterschiedlichen Ländern einen kurzen, aber starken Einfluss. Doch scheiterten sie sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene daran, die selbe Stärke zu gewinnen, die die alten linken Bewegungen während der Nachkriegsperiode erreicht hatten.

Hinsichtlich des Welt-Klassenkampfes kann man sagen, dass die Schwächung der alten und neuen antisystemischen Bewegungen den etablierten Kräften eine Gegenoffensive von erheblicher Bedeutung erlaubte. Diese Gegenoffensive zeigte sich zunächst in den neoliberalen Regimen Großbritanniens und der USA. Weitere wichtige Stationen waren die Durchsetzung des „Washington Consensus“, mit dem das Ideal des Entwicklungsparadigmas beerdigt und durch das Konzept der „Globalisierung“ ersetzt wurde, die Aufwertung der Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank (WB) und der neu gegründeten Welthandelsorganisation (WTO), deren Politik darauf abzielte, die Möglichkeit der peripheren Staaten einzuschränken, in den freien Güter- und vor allem Kapitalverkehr einzugreifen. Diese weltweite Offensive verfolgte drei zentrale Ziele: erstens die Senkung des Lohnniveaus, zweitens die Externalisierung von Produktionskosten durch den Abbau ökologischer Beschränkungen, und drittens die Senkung des Steuerniveaus durch den Abbau sozialstaatlicher Leistungen. Zunächst schien dieses Programm auch ausgesprochen erfolgreich zu sein und Thatchers Slogan „Es gibt keine Alternative“, schien den Sieg davon zu tragen. In den späten 1990ern jedoch stieß diese Offensive an ihre politischen Grenzen.

Die Währungsabwertungen der späten 1990er Jahre in Ost- und Südostasien und in Brasilien brachten eine Reihe von Politikern an die Macht - Roh in Südkorea, Putin in Russland, Megawati in Indonesien, Lula in Brasilien - die mit ihren politischen Programmen nicht immer den Wünschen Washingtons gefolgt sind. Die Zusammenbrüche Jugoslawiens und der Sowjetunion führten zu einer ganzen Reihe nationaler Konflikte. Diese mündeten in ausgedehnte „Ethnische Säuberungen“, produzierten riesige Zonen der Instabilität und führten für die USA und auch für Westeuropa zu einem Verlust an politischer Glaubwürdigkeit und Akzeptanz. Schulden und Bürgerkriege lähmten zahlreiche Staaten in Afrika. Unerwartet traf die kulturelle und ideologische Dominanz des „Lagers von Davos“ 1999 in Seattle auf eine Herausforderung, als eher traditionelle amerikanische Gewerkschaftsaktivisten der politischen Mitte sich mit Gruppen der Neuen Linken zusammenschlossen, und der WTO einen Schlag versetzten, von dem sie sich bis heute noch nicht wieder vollständig erholt hat. Im Anschluss an Seattle bildete sich eine lose organisierte Weltkoalition unterschiedlicher Bewegungen, die seitdem eine Reihe von erfolgreichen Treffen in Porto Alegre abgehalten haben und mittlerweile zu einem Gegenpol zu Davos geworden sind. Als George W. Bush sich seinen Weg zur US-Präsidentschaft bahnte, war der Ausblick für die allein verbleibende Supermacht alles andere als rosig. Eines der Themen seiner Wahlkampagne war der Angriff auf Clintons Außenpolitik gewesen, obwohl diese doch auf der gleichen Grundlage basierte, wie die Außenpolitik aller US-Präsidenten seit Nixon: der Leck geschlagene Ballon der US-Hegemonie sollte durch wiederholte Verhandlungen mit den Verbündeten, sowie mit Russland und China ge-

flickt werden. Ergänzt wird diese Strategie durch den sporadischen und begrenzten Einsatz von Gewalt in der Dritten Welt. Seit den 1970er Jahren hat die US-amerikanische Außenpolitik stets zwei primäre Ziele verfolgt: es galt, die Entstehung einer politisch unabhängigen Einheit Europas zu verhindern, und es sollte die militärische Überlegenheit der USA gewahrt werden, indem man die Verbreitung von Atomwaffen im Süden einschränkte. Im Jahr 2000 sah die Bilanz für diese beiden strategischen Ziele zumindest gemischt aus und die Zukunft war sehr unsicher.

Die Strategie des endlosen Krieges

An diesem Punkt trat George W. Bush die Präsidentschaft an. Seine Regierungsmannschaft war in zwei Lager gespalten: Das eine Lager hielt an der Außenpolitik der Periode von 1973-2001 fest. Das andere argumentierte lautstark, dass diese Strategie gescheitert sei, und dass dies der Grund- und nicht das Resultat - des relativen Niedergangs der US-Hegemonie sei. Das zweite Lager setzt sich aus drei Gruppen zusammen: den Neokonservativen, wie Wolfowitz und Perle; der christlichen Rechten; und den „klassischen“ Militaristen wie Cheney, Rumsfeld und anderen, deren Position von McCain (der sich gegen Bush um die republikanische Präsidentschaftskandidatur beworben hatte) unterstützt wird, obwohl dieser persönlich nicht mit Bush einverstanden war. Die Motive, Prioritäten und die politische Stärke dieser drei Gruppen sind recht verschieden, aber sie haben ein enges politisches Bündnis gebildet, das sich auf bestimmte gemeinsame Annahmen gründet.

Der Niedergang der US-Hegemonie ist eine Realität, die auf eine unkluge Ängstlichkeit ansonsten erfolgreicher Regierungen zurückzuführen ist. Doch könnte die US-Hegemonie durch mutige und schnelle präventive Militäroperationen, mit denen man nacheinander in die einzelnen Konfliktgebiete interveniert, rasch wiedergewonnen werden.

Was auch immer der Grund für den Widerstand und die Opposition innerhalb des US-Establishments, in der Öffentlichkeit und bei den Verbündeten in Westeuropa und Ostasien ist - die erfolgreichen Einsätze amerikanischer Streitkräfte werden sie wieder auf Linie bringen. Widerständischen Regimen im Süden begegnet man mit Einschüchterung und, falls dies fehlschlägt, mit Eroberung.

Noch in einer weiteren Lesart der Geschichte waren sich die Falken einig, dass sie nämlich in der Vergangenheit nie in der Lage waren, eine US-Regierung dazu zu bringen, ihren Argumenten zu folgen, und ihre Rezepte in dem Maße umzusetzen, wie sie es wünschten. Bei den Falken handelt es sich daher um eine frustrierte Gruppe und als Bush an die Regierung kam, waren sie sich nicht sicher, ob sie den Präsidenten auf ihrer Seite haben würden. Vielmehr fürchteten sie, er wäre genauso wie sein Vater oder - obwohl dies niemals so

gesagt wurde – genauso wie Reagan, der die unverzeihliche Sünde begangen hatte, mit Gorbatschow ein Abkommen zu schließen. Für die Falken war der 11. September daher ein unglaublicher Glücksfall. Er katapultierte Bush in ihr Lager, wenn auch nur, weil seine politische Zukunft als Kriegspräsident durch eine endlose Kampagne gegen den „Terrorismus“ gesichert schien. Und er legitimierte den Einsatz der Streitkräfte gegenüber einem ultra-schwachen Gegner, den Taliban, in einer Operation, die soviel weltweite Legitimität erhielt, wie eine derartige Aktion überhaupt bekommen konnte. Danach war den Falken klar, dass sie alles riskieren konnten – Irak. Sie wussten, dass es hier politisch schwieriger werden würde, aber sie wussten auch, dass es jetzt oder nie geschehen musste – nicht nur, um Bagdad zu erobern, sondern um ihr gesamtes geopolitisches Programm zu stärken.

Es stellten sich allerdings weitaus mehr Schwierigkeiten ein als sie erwartet hatten. Zunächst überredeten Veteranen der Regierung von Bush-Senior – wahrscheinlich mit dem Einverständnis ihres vorherigen Arbeitgebers – den Präsidenten zu einem „multilateralen“ Ansatz. In diesem Moment schienen sich die Prophezeiungen der Falken zu bewahrheiten. Frankreich verkündete, dass es eine zweite Resolution des UN-Sicherheitsrates, die den Einsatz von Gewalt vorsah, mit einem Veto verhindern würde. Und es gelang Frankreich auch Deutschland und Russland dazu zu bewegen, sich dieser Position anzuschließen – was im März 2003 zu einer Demütigung für die USA führte, da diese, trotz allen Drucks, den sie nur ausüben vermochte, im Sicherheitsrat keine einfache Mehrheit zu Stande brachte und ihre Resolution zurückziehen musste. Unterdessen mobilisierten am 15. Februar 2003 die Kräfte, die ich das Lager von Porto Alegre genannt habe, zu einem weltweiten Antikriegsprotest, den es in dieser Form in der bisherigen Weltgeschichte noch nicht gegeben hatte. Schließlich wandte sich sogar die treue Türkei, trotz der enormen Bestechungssumme, die ihr angeboten wurde, von den USA ab. Die Invasion des Irak ging dennoch ihren Weg, und das Regime von Saddam Hussein kollabiert. Gegenwärtig entwerfen Rumsfeld und Powell weitere Drohszenarien für den Mittleren Osten, für Nordostasien und sogar für Lateinamerika. Sie sind überzeugt, dass ihr riskantes Spiel erfolgreich war und die US-Hegemonie wiederhergestellt hat. Offen und ohne Scham sprechen sie von Amerikas „imperialen Rolle“. Haben sie aber tatsächlich alle eingeschüchtert?

Ich denke nicht. Wir bewegen uns nun in eine unsichere unmittelbare Zukunft, und in Momenten systemischer Anarchie, wie es derzeit der Fall ist, ist fast alles möglich. Nichts desto trotz scheinen sich gewisse Tendenzen bereits abzuzeichnen:

- die gegenwärtige US Regierung verfolgt eine unilaterale und äußerst aggressive Außenpolitik;
- die europäische Integration wird fortgesetzt werden – ohne Zweifel mit

- Schwierigkeiten, aber dennoch kontinuierlich – und Europa wird sich weiter von der USA entfernen;
- China, Korea und Japan werden dichter zusammenzurücken – ein Projekt, das viel mehr Komplikationen als die europäische Integration mit sich bringt, aber größere geopolitische Bedeutung besitzt;
 - die Weitergabe von nuklearen Waffen oder von Mitteln zu deren Herstellung an den Süden wird weitergehen und voraussichtlich zunehmen;
 - wahrscheinlich wird der imperiale Mantel die Ansprüche der USA auf moralische Legitimität im Weltsystem untergraben;
 - das Lager von Porto Alegre wird solider und wahrscheinlich auch militanter werden;
 - das Lager von Davos könnte zunehmend zerfallen: in diejenigen, die sich dem Lager von Porto Alegre anschließen, mit diesem übereinkommen oder es kooptieren wollen, und in diejenigen, die das Lager von Porto Alegre zerstören wollen;
 - die USA könnte schon bald den Wirbelwind bedauern, den sie mit ihrer Intervention in den Irak entfesselt hat.

Dies ist der Auftakt zu einem anarchischen Übergang – von dem existierenden Weltsystem zu einem anderen. Wie immer in einer solchen Periode hat kein Akteur eine signifikante Kontrolle der Situation, am wenigsten eine Hegemonialmacht im Niedergang wie die USA. Obwohl die Befürworter eines US-Imperiums denken mögen, dass sie Rückenwind haben, wehen doch starke Stürme aus allen Richtungen. Das wirkliche Problem, welches sich für alle stellen wird, ist es den Untergang zu verhindern. Ob das Resultat dieses Übergangsprozesses eine mehr oder eine weniger egalitäre und demokratische Ordnung sein wird, ist völlig ungewiss. Sicher ist dagegen, dass die Welt, die entsteht, ein Ergebnis unseres kollektiven und konkreten Handelns in den kommenden Jahrzehnten sein wird.

Übersetzung aus dem Englischen von Henrik Lebuhn